

WdA im Juni

„Mann der Arbeit, aufgewacht!“ schrieb einst der Revolutionsdichter Georg Herwegh. Das ist lange her und klingt in unseren Ohren heute etwas altertümlich. Doch die Botschaft in diesem Appell ist noch immer aktuell: Auch in dieser Ausgabe der *Welt der Arbeit* muss erneut berichtet werden von Tarifkämpfen, vom Rückzug der Unternehmer aus der Verantwortung für die berufliche Ausbildung junger Menschen, von Plänen zur Minderung der Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung – „Mann der Arbeit, aufgewacht!“ Aber die wache Aufmerksamkeit der abhängig Beschäftigten allein genügt nicht. Sie brauchen Unterstützung, und es bedarf des politischen Drucks auf die Herrschenden. Womöglich entsteht dieser Druck schon durch die pure Existenz der neuen Partei, „links von der SPD“.

Die Themen im Einzelnen

Seite 1

**Tarifrunde 2007:
Der Kampf geht weiter**

Seite 2

**Gleiche Arbeit - Gleiches Geld,
Gipfel hinter Gittern**

Seite 3

**Ausbeutung!,
Unternehmer drücken sich**

Seite 4

**Die Lügen beim Umweltschutz,
Kapitalismus pur**

Seite 5

**Raubzug der Manager,
Das politische Buch**

Seite 6

**Wie steht es
um die Zukunft betrieblicher
Interessenvertretungen?**

Seite 7

**Blick zurück:
Georg und Emma Herwegh**

Seite 8

**Zocken mit Steuergeldern,
Mehr Geld fürs Militär, Kürzungen
bei der Unfallversicherung**

Seite 9

**Wenig Rente für die Deutschen,
Buchtipps, Impressum**

Tarifrunde 2007: Der Kampf geht weiter

Die Zahl der tarifgebundenen Betriebe ist, wie eine Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung belegt, in den vergangenen zehn Jahren erheblich zurückgegangen: In den westlichen (alten) Bundesländern galten im vorigen Jahr für 57 Prozent der Beschäftigten branchenweite Tarifverträge. Das ist seit 1996 ein Rückgang um 12 Prozent. In Ostdeutschland sank die Tarifbindung in der gleichen Zeit sogar von 56 auf 41 Prozent. Für acht Prozent der Beschäftigten im Westen und 13 Prozent im Osten gelten zwischen Betrieben und Gewerkschaften abgeschlossene Firmentarifverträge. In 20 Prozent der Betriebe mit mehr als 250 Beschäftigten wurde ein so genanntes „Bündnis für Arbeit“ abgeschlossen.

Tarifverträge müssen in der heutigen Zeit von den Beschäftigten mit großem Engagement erkämpft werden; denn viele Unternehmer wollen sich von verbindlichen Mindestnormen zur Gestaltung der Arbeitsverhältnisse befreien. Deshalb entsprechen die Verhandlungsergebnisse der Tarifparteien meistens den aktuellen Kräfteverhältnissen in den Betrieben und in den jeweiligen Branchen. In der Druckindustrie erkämpften etwa 10.000 Streikende in knapp 90 Betrieben für die 180.000 Beschäftigten in gut 4.000 Betrieben durch Beteiligung an Streikaktionen einen Tarifabschluss, der keinen Jubel entstehen lässt: Die Löhne und Ausbildungsvergütungen werden nach drei Null-Monaten ab Juli um drei Prozent und ab Juli 2008 um weitere 2,1 Prozent erhöht. Das neue Lohnabkommen kann mit monatlicher Frist erstmals zum 31. März 2009 gekündigt werden.

In der Metall- und Elektroindustrie haben sich insgesamt über 475.000 Beschäftigte an zahlreichen Warnstreiks zur Durchsetzung eines neuen Tarifvertrages beteiligt. Erkämpft wurden 4,1 Prozent Entgeltsteigerungen ab Juni 2007. Für die Monate April und Mai 2007 wurde eine Einmalzahlung in Höhe von 400 Euro vereinbart. Auszubildende erhalten 125 Euro. Ab Juni 2008 steigen die Entgelte um weitere 1,7 Prozent. Für die Monate Juni bis Oktober 2008 gibt es zusätzlich einmalig 0,7 Prozent. Die Laufzeit des neuen Tarifvertrages beträgt 19 Monate.

In der Bauindustrie konnte in einem Schlichtungsverfahren zunächst ein Ergebnis für die etwa 700.000 Beschäftigten erreicht werden. Danach sollen ab Juni 3,1 Prozent mehr gezahlt werden, ab April 2008 nochmals 1,5 Prozent und ab September 2008 weitere 1,6 Prozent – jeweils zuzüglich eines monatlichen Festbetrages von etwa 0,5 Prozent. Aber die Unternehmer aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben dieses Ergebnis abgelehnt. Die IG Bau hat deshalb zu einem unbefristeten Streik aufgerufen.

In zahlreichen anderen Tarifbereichen ist der Kampf um neue, bessere Tarifverträge noch nicht entschieden. Zum Beispiel fordert ver.di für die Beschäftigten im Einzelhandel 6,5 Prozent mehr Geld, mindestens 130 Euro mehr im Monat. Für erheblichen Widerspruch der Beschäftigten in diesem Tarifbereich sorgt die Forderung der Unternehmer nach Streichung der Spät-, Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge. Mit einer deutlichen Steigerung der Streikaktionen wollen die Beschäftigten für die Erhaltung und Verbesserung ihrer Tarifrechte kämpfen.

Franz Kersjes

> Gleiche Arbeit – Gleiches Geld <

Die Leiharbeit boomt wie keine andere Branche und beschäftigt überwiegend Menschen, die vorher keine Arbeit hatten. Die Zahl der Leiharbeiter/innen hat sich in zehn Jahren mehr als verdreifacht. 2006 waren es bereits fast 600.000. Schon seit Jahren ersetzen Leiharbeiter/innen wachsende Teile der Stammbeschäftigten. Der Umbau der Arbeitswelt ist längst im Gang. Nach Berechnungen der IG Metall NRW findet bereits in 88 Prozent der Betriebe Leiharbeit statt.

Unternehmen, die in großem Stil Leiharbeiter/innen anheuern, entziehen sich ihrer sozialen Verantwortung; denn sie bezahlen die Leihkräfte wesentlich schlechter als unbefristet Beschäftigte und können sich jederzeit von ihnen trennen. Selbst das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit stellt in einer neuen Studie fest: Der eigentlich gesetzlich garantierte Gleichbehandlungsgrundsatz gilt für den größten Teil der Leiharbeiter/innen nicht. Sie werden in der Regel weniger als drei Monate bei einer Zeitarbeitsfirma beschäftigt, und jährlich finden nur etwa 30 Prozent von ihnen feste Stellen. Viele werden wieder arbeitslos oder heuern bei anderen Zeitarbeitsfirmen an. Planungssicherheit für ihre Zukunft gibt es nicht.

Satte Gewinne machen die Zeitarbeitsfirmen. Randstad ist Marktführer; nach eigenen Angaben der größte Arbeitsplatzschaffer Deutschlands. Der Nettogewinn betrug im ersten Quartal dieses Jahres über 70 Millionen Euro. Das Geschäft mit den Leiharbeiter/innen lohnt sich also. Das Fernsehmagazin *Frontal21* berichtete über interne Kundentarife von Randstad. „Danach kassiert eine Zeitarbeitsfirma für eine verliehene Hilfskraft rund 2.100 Euro. 400 Euro zahlt sie davon für Sozialabgaben. 1.000 Euro behält die Zeitarbeitsfirma für sich. Für den Leiharbeiter bleibt der Rest: Gerade mal 700 Euro. Trotz Arbeit auf Hartz IV-Niveau.“

Aufklärung ist dringend notwendig! Die IG Metall NRW hat eine Kampagne „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ gestartet. Ihr Ziel ist, Leiharbeit „zu gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wie reguläre Beschäftigung“ durchzusetzen. Sie wendet sich ausdrücklich nicht gegen jede Form von Leiharbeit. Als Instrument zur Bewältigung von Produktionsspitzen habe sich Leiharbeit „durchaus bewährt“, sagt IG Metall-Betriebsleiter Wetzel. Aber gerade wer mit einem höheren Beschäftigungsrisiko arbeite, müsse zumindest gleich bezahlt werden.

Viele Leiharbeiter/innen kennen ihre Rechte nicht. Deshalb müssen die Gewerkschaften mehr und besser informieren. Die IG Metall NRW will mit ihrem Ratgeber „Leiharbeit – ein Job wie jeder andere?“ ausführlich über das Dreiecksverhältnis Leiharbeiter/in, Verleiher und Entleiher aufklären. Sie benennt die wichtigsten Punkte des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und der DGB-Tarifverträge zur Leiharbeit. Auch der Schriftsteller Günter Wallraff, der 1985 mit seinem Buch „Ganz unten“ das Elend der Leiharbeiter bekannt gemacht hat, will wieder aktiv werden: „Ich nehme jede Arbeit an.“

Infos unter <http://www.igmetall-nrw.de>

Kommentar

Gipfel hinter Gittern

Es war ein Gipfel der Worthüllen; denn die Regierungschefs der G-8-Staaten haben sich in Heiligendamm auf keine konkreten Ziele verständigt. An Armut und Ausbeutung in großen Teilen der Welt wird sich nichts ändern, ebenso wenig an den wachsenden sozialen und ökologischen Auswirkungen der neoliberalen Politik. Es kann also keine Rede sein von einem „Riesenerfolg“ für Bundeskanzlerin Merkel. Es wurde nichts Konkretes zur Bekämpfung der Klimakatastrophe vereinbart und nichts zur Bekämpfung der Armut. Die G-8-Staaten wollen lediglich eine Reduzierung der Treibhausgase um mindestens die Hälfte „ernsthaft in Betracht ziehen“. Das ist keine Verpflichtung, sondern nur ein wertloses, weil unverbindliches Dokument.

Ob Baumwolle, Geflügel, Milch, Fischfang oder Obst und Gemüse: die afrikanischen Bauern haben mit ihren Produkten im eigenen Land keine Chance gegen die subventionierten Importe aus den reichen Ländern. Die Wirtschaftspolitik der G-8-Staaten steht in eklatantem Widerspruch zur angeblichen Hilfe für Afrika. Die Kapitalbesitzer sind zufrieden mit den Ergebnissen des Gipfeltreffens: Hedgefonds-Manager bleiben unkontrolliert, und eine gerechtere Wirtschaftsordnung ist nicht in Sicht. Die nämlich müsste die internationalen Märkte für Kapital, Güter und Dienstleistungen demokratisch kontrollieren und regulieren.

Die politisch Verantwortlichen des nutzlosen Gipfels hätten da bleiben können, wo sie waren – hinter Gittern. *Franz Kersjes*

Ausbeutung!

Es wird wieder einmal belogen und betrogen. Die Ursachen für fehlende betriebliche Ausbildungsstellen werden unter anderem bei „nicht ausbildungsreifen“ Jugendlichen gesucht. Die Defizite bei Schulabgängern vor allem der Hauptschulen sollen durch ein Langzeitpraktikum, einer so genannten Einstiegsqualifizierung (EQJ), beseitigt werden. So haben es Wirtschaftsverbände und Bundesregierung beim „Ausbildungsgipfel“ vereinbart. Jugendliche, die angeblich noch nicht für eine berufliche Erstausbildung geeignet sind, sollen ihre Chancen auf eine Lehrstelle erhöhen können. Sechs bis zwölf Monate dauert diese Einstiegsqualifikation. Das Geld kommt vom Bund. Die Unternehmer zahlen nichts.

Das angeblich soziale Engagement der Wirtschaft ist in vielen Fällen nichts anderes als staatlich subventionierte Ausbeutung. Viele Jugendliche beklagen, dass sie nur als billige Arbeitskräfte missbraucht werden. Mit der versprochenen Vorbereitung auf einen Ausbildungsberuf hat das meistens nichts zu tun. In vielen Fällen handelt es sich, genau genommen, um Lohndumping mit Steuermitteln. Ähnlich sieht das auch der Bundesrechnungshof in einer internen Prüfung vom Dezember. Danach habe es die Bundesagentur für Arbeit (BA) weitgehend versäumt, Mitnahmeeffekten und dem Missbrauch der Fördermittel vorzubeugen. Doch eine systematische Erfolgskontrolle des Programms durch die BA ist nicht einmal vorgesehen. Bundesregierung und Wirtschaft aber wollen davon nichts wissen. Sie haben beschlossen, die Zahl der Praktikantenplätze auf jährlich 40.000 aufzustocken. Kostenpunkt: 270 Millionen Euro aus Steuern.

Unternehmer drücken sich

Der Ausbildungsskandal nimmt immer größere Ausmaße an. Im vergangenen Jahr sind nach Einschätzung von Arbeitsmarktexperten rund 160.000 Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz leer ausgegangen. Über 70 Prozent der Unternehmen bilden überhaupt keinen Nachwuchs mehr aus. Auch die Qualität der betrieblichen Ausbildung hat in den vergangenen Jahren stark nachgelassen.

Vor allem große Unternehmen verweigern jungen Menschen Chancen für eine qualifizierte berufliche Erstausbildung. Beispielsweise ist die Ausbildungsquote der im deutschen Leitindex DAX gelisteten Konzerne im vergangenen Jahr sogar zurückgegangen. Wie das *Handelsblatt* unter Berufung auf eine Umfrage der Bundestagsfraktion Die Grünen berichtete, lag die Ausbildungsquote der 28 DAX-Konzerne, die Angaben dazu machten, 2006 bei 4,9 Prozent – 2005 seien es bei damals 25 auskunftswilligen Unternehmen 5,8 Prozent gewesen. Das sei deutlich weniger als in der Gesamtwirtschaft, in der Auszubildende 2005 nach dem Berufbildungsbericht 6,5 Prozent der Vollzeitbeschäftigten gestellt hätten. Den Negativrekord hat 2006 wie im Jahr zuvor der Sportartikelhersteller adidas gehalten. Das Unternehmen hat seine Auszubildenden-Quote von zwei auf 1,6 Prozent gesenkt.

Die Zahl der unvermittelten Jugendlichen ist auch 2006 im Vergleich zum Vorjahr um 8.965 Personen gestiegen; das entspricht einem Zuwachs von 22,1 Prozent. Viele schwache Schulabgänger, darunter überwiegend Immigranten, werden in der Statistik überhaupt nicht geführt. Sie werden von der Berufsberatung als „nicht ausbildungsreif“ und „für den gewünschten Beruf als nicht geeignet“ angesehen.

Nach dem Schulabschluss in der Warteschleife

Der Anteil ausbildungswilliger Jugendlicher, die nach dem Schulabschluss in ein „Übergangssystem“ abgeschoben werden, weil sie keinen Ausbildungsplatz finden, steigt stetig an. So waren Ende September 2006 bei den Arbeitsagenturen insgesamt 763.000 Bewerberinnen und Bewerber für eine Ausbildung registriert, aber nur 371.500 fanden einen Ausbildungsbetrieb. Besonders schwierig ist die Situation der Hauptschüler/innen. Knapp 60 Prozent von ihnen können an keinen Ausbildungsbetrieb vermittelt werden (Realschüler 47 Prozent). Sie landen in der Warteschleife; dazu zählen die berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit, das schulische Berufsvorbereitungsjahr (BVJ), das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) und die betriebliche Teilqualifizierung einschließlich Einstiegsqualifizierung Jugendlicher.

Nach einem Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung befinden sich inzwischen etwa 40 Prozent aller Jugendlichen vor dem Start ins Berufsleben im „Übergangssystem“. Sie sind die großen Verlierer auf dem deutschen Arbeitsmarkt: 415.015 Arbeitslose waren im Dezember 2006 unter 25 Jahre alt. Noch einmal so viele dürften sich in diversen Maßnahmen der Arbeitsagenturen befinden.

F.K.

Die Lügen beim Umweltschutz

Die Bundeskanzlerin lobte sich wieder einmal selbst und nannte es einen qualitativen Durchbruch, „dass wir 20 Prozent der CO₂-Emissionen reduzieren werden bis zum Jahre 2020.“ Geplant waren ursprünglich 30 Prozent. Daran ist die Europäische Union (EU) gescheitert. Die Klimapolitik der verantwortlichen Regierungen bleibt hinter den Erfordernissen zurück.

Die EU hatte sich bereits bis zum Jahr 2012 zu einer Verminderung des Dioxid-Ausstoßes um acht Prozent verpflichtet. Nun könnte man annehmen, in den folgenden acht Jahren bis 2020 sollten weitere zwölf Prozent eingespart werden. Die EU ist jedoch in den vergangenen Jahren von 15 auf 25 Staaten gewachsen. Die zehn neuen Mitgliedsstaaten haben durch den Zusammenbruch von Teilen ihrer Wirtschaft, etwa in der Schwerindustrie, Kohlendioxid-Einsparungen in die EU eingebracht. Und auch in Deutschland ist der CO₂-Ausstoß durch die Zerschlagung der Industrie in den Bundesländern auf früherem DDR-Gebiet gesunken.

Es hat in der Vergangenheit Selbstverpflichtungen der Wirtschaft zum Klimaschutz gegeben. Doch die Versprechungen – zum Beispiel zur Stromerzeugung durch Wärme-Kraft-Kopplung - wurden nicht eingehalten. Bereits 2001 unterschrieben der damalige BDI-Chef Henkel und Kanzler Schröder eine Selbstverpflichtung. Das Versprechen: Bis 2010 sollten 20 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden. Stattdessen sind die Emissionen über viele Jahre weiter angestiegen. Ebenso hat die Automobilindustrie ihr Versprechen nicht eingelöst, durch bessere, klimaschonende Technik CO₂-Emissionen zu verringern. Auch die Ankündigung der Mineralölwirtschaft, bis 2005 die Effizienz von Heizungen um 25 Prozent zu steigern, wurde nicht eingelöst.

Gezielte Anstrengungen zur Reduzierung der Treibhausgase hat es tatsächlich so gut wie nicht gegeben. Im Gegenteil: Trotz aller Bekenntnisse zum Klimaschutz setzt die schwarz-rote Bundesregierung weiter auf Kohle. Die Kraftwerke aller fünf deutschen Stromkonzerne zusammen sind die schlimmsten Klimasünder im ganzen Land. Sie verursachen im Jahr so viele CO₂-Emissionen wie 130 Millionen Pkw. Das wären fast dreimal so viele Autos wie es in Deutschland gibt. Trotzdem haben RWE & Co. beim Klimaschutz nicht viel zu befürchten: Sie haben Sonderregeln für den Bau neuer Kraftwerke durchgesetzt. In den kommenden Jahren sollen 27 neue Kohlekraftwerke gebaut werden. Die Betreiber brauchen dafür viele Verschmutzungsrechte, so genannte CO₂-Zertifikate, für jede Tonne Klimagift, die vom Kraftwerk in die Luft geblasen wird. Kein Problem für die Konzerne: Denn die Bundesregierung will ihnen die wertvollen Zertifikate sogar schenken. Den Wert der Zertifikate schlagen sie dann als vermeintliche Kosten auf den Strompreis auf. Den Konzernen werden dadurch zusätzliche Profite von um die vier Milliarden Euro möglich gemacht.

Die Bundesregierung muss Privilegien und Subventionen für die Kohle streichen, fordert die Umweltschutzorganisation World Wildlife Fund (WWF). Wenn Deutschland bei der anstehenden Modernisierung des Kraftwerkparcs erneut auf Kohle setze, zementiere es über Jahrzehnte einen zu hohen CO₂-Ausstoß. Doch Politiker unterwerfen sich stets den Profitinteressen der Konzerne und Kapitalbesitzer. Die Klimakatastrophe ist bei der herrschenden Verantwortungslosigkeit nicht mehr aufzuhalten.

Kapitalismus pur

Private-Equity-Fonds: Die europäischen Beteiligungsfonds haben im vergangenen Jahr so viel Geld eingesammelt wie noch nie zuvor. Institutionelle Anleger und Besitzer großer Kapitalvermögen investierten 112 Milliarden Euro in die Fonds. Dies entspricht einem Plus von 56,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Laut dem Informationsanbieter Thomson Financial erzielten die Finanzinvestoren zuletzt eine Jahresrendite von 36,1 Prozent.

Private-Equity-Fonds erhalten Eigenkapital von Investoren und kaufen damit Konzernteile und mittelständische Betriebe. Nach einigen Jahren der so genannten Restrukturierung werden die Beteiligungen bzw. die Firmen meistens zu höheren Preisen weitergereicht oder an die Börse gebracht. Kritiker fordern zumindest eine stärkere Regulierung der Branche und mehr Transparenz. Unverzichtbar sind jedoch eine wesentliche Stärkung von Arbeitnehmerrechten und eine Entmachtung der Heuschrecken.

Nokia-Siemens-Networks (NSN): An den deutschen Standorten sollen mehr als 2.800 der etwa 13.000 Jobs abgebaut werden. Mit einem euroweiten Aktionstag haben die Gewerkschaften gegen die geplante Arbeitsplatzvernichtung protestiert.

**Die nächste Ausgabe der
Welt der Arbeit
erscheint am
22. August 2007**

Raubzug der Manager

„Das Modell Deutschland hat für die Manager und viele Politiker ausgedient. Weil im High-Tech-Kapitalismus für die Bezahlung von Arbeit immer weniger übrig bleibt, sollen die Bezieher von Löhnen und Sozialleistungen den verbleibenden Rest so unter sich aufteilen, dass alle etwas erhalten und die Arbeitslosigkeit sinkt. Mit anderen Worten: Deutschland soll von den USA lernen, wo anteilig mehr Menschen durch billige „McJobs“ Arbeit haben, aber dafür extrem niedrige Löhne, kaum Sozialleistungen, kaum brauchbare Krankenversicherung, keinen bezahlten Urlaub und schlechtere Arbeitsbedingungen in Kauf nehmen müssen.“

(Seite 91)

„Aus der Sicht der globalen Spieler sind die Arbeitslosen und ihre Kinder ein überflüssiger, wirtschaftlich irrelevanter Teil der Nationen („Überschussbevölkerung“), dessen Grundbildung den Wirtschaftseliten keine Gewinne mehr einbringt, sondern lediglich Kosten verursacht. Sie bilden im günstigsten Fall gerade noch eine Reservearmee von „Wegwerfarbeitern“ (Chossudovsky). Folglich vermindert sich die Bedeutung der allgemeinen formalen Bildungssysteme auch in der Ersten Welt, einschließlich Westeuropas. Vom Staat wird immer weniger Geld für das allgemeine Bildungswesen bewilligt, es werden immer weniger Lehrer eingestellt. Die allgemeine Unwissenheit nimmt zu, ebenso das niedrige Bildungsniveau an unseren Schulen. Die Pisa-Studien haben das gezeigt.“

(Seite 139)

„Der Mythos „Globalisierung“ erweist sich unter diesen Gesichtspunkten als zentrale Waffe der Manager. Sie instrumentalisieren ihn skrupellos, um sämtliche Schranken für den freien turbokapitalistischen Markt und die internationalen Finanzkräfte zu beseitigen. Dabei ist eine ihrer Hauptstrategien das Ausspielen der Opfer der Globalisierung gegeneinander. Dieses Muster liegt z. B. den Argumentationen zugrunde, die alle wirtschaftlichen und sozialen Übel in den europäischen Ländern der Konkurrenz der Entwicklungsländer zuschreiben. Der Wettbewerb mit Regionen, wo man keinen Mindestlohn kennt, wo die Beschäftigten zwölf Stunden pro Tag für ein Viertel oder ein Fünftel des in Europa gezahlten Lohns arbeiten, wo es keine Gewerkschaften gibt und Kinderarbeit an der Tagesordnung ist, zwingt die Unternehmer dazu, den Arbeitern hierzulande mehr „Flexibilität“ und Verzicht aufzuerlegen – eine in vielerlei Hinsicht wohlfeile Rechtfertigung, mit der dann die Notwendigkeit der Durchsetzung von schlechteren Arbeitsbedingungen und niedrigeren Löhnen erklärt wird.....

Die Globalisierung stellt mit dem Sozialstaat all das in Frage, was am Staat bisher fortschrittlich war. Im Zuge des Niedergangs eines menschenwürdigen fürsorglichen Staatswesens schwindet nicht nur die soziale Integration und Solidarität, der Staat entwickelt sich auch endgültig zu einem Herrschaftsinstrument der Manager.“ (Seiten 158/159)

Auszüge aus dem Buch von **Jürgen Bruhn**:
Raubzug der Manager
 oder Die Zerstörung des Sozialstaats
 222 Seiten, Europäische Verlagsanstalt, 18 €

Das politische Buch

Die nebenstehenden Zitate aus dem Buch von Jürgen Bruhn über die Zerstörung des Sozialstaats sollen daran erinnern, wie wichtig Informationen und Analysen über Hintergründe und Entwicklungen des Turbokapitalismus sind. Wer immer noch glaubt, Arbeitsplätze könnten durch Verzicht und Anpassungen der Beschäftigten und Arbeitssuchenden erhalten oder geschaffen werden, der hat die Brutalität des kapitalistischen Systems nicht verstanden. Die Zwänge der Kapitalverwertung wachsen ständig und fordern stets neuen Sozialabbau. Die Berichte und Kommentare in den Medien dazu sind oft an Dummheit kaum zu überbieten, oder sie werden womöglich als Propaganda bezahlt.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssen sich deshalb über die oft schwer erträglichen Anforderungen des Tages hinaus qualifizieren, um eine Erneuerung des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses in Gang zu setzen. Eine stärkere Politisierung der gewerkschaftlichen Arbeit ist dringend erforderlich. Dazu gehört eine Gesellschaftsutopie, die auf Veränderung der bestehenden Besitz- und Privilegienverhältnisse ausgerichtet ist. Das heißt: Es sind nicht nur Notstände zu beheben, die aufgrund schlechter Zustände entstehen, sondern es sind Zustände zu schaffen, in denen Notstände nicht auftreten. Wollen die Gewerkschaften die Ordnung so erhalten wie sie ist, laufen sie Gefahr, auch das zu verteidigen, was sie eigentlich bekämpfen wollten. - Auch das Buch von Jürgen Bruhn kann beim Nachdenken helfen.

Franz Kersjes

Tagung in Hörste:**Wie steht es um die Zukunft betrieblicher Interessenvertretungen?**

Dies ist das gerade gegenwärtig so wichtige Thema einer Tagung in Lage-Hörste (bei Bielefeld). Angesprochen sind in erster Linie Betriebsräte, gewerkschaftliche Vertrauensleute sowie haupt- und ehrenamtlich tätige Gewerkschafter. Der Ort: die ver.di-Bildungsstätte Heinrich Hansen. Der Zeitpunkt: 24. und 25. August 2007. Die Veranstalter: Institut für Bildung, Medien und Kunst, Liaison.NET (eine Gruppe von freiberuflich tätigen Sachverständigen aus dem gewerkschaftlichen Bereich) und die *Welt der Arbeit*. – Es gibt drei Workshops zum Thema:

Workshop I: **Tarifrunden ohne Strategie?** will im Dialog zwischen Experten und betrieblichen Praktikern erörtern, welche Erfahrungen inzwischen mit Firmentarifverträgen und/oder betrieblichen Bündnissen vorliegen. Die Einführung liegt bei **Detlef Hensche**, viele Jahre Vorsitzender der IG Medien und derzeit Rechtsanwalt.

Workshop II: **ver.di ohne Strategie?** will herausfinden, welche gewerkschaftlichen Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus dem Mitgliederschwund und der angeblichen Organisationsmüdigkeit zu ziehen sind. Die Einführung liegt bei **Frank Werneke**, stellvertretender Vorsitzende der ver.di und tariflicher Verhandlungsführer u.a. in der Druckindustrie.

Workshop III: **Die organisierte Belegschaft – historisch überholt?** soll klären, welche strategischen Erfahrungen mit der Wahrnehmung einer kraftvollen Interessenvertretung und mit der Wahrung der Interessen von Belegschaften vorliegen. Die Einführung liegt bei **Franz Kersjes**, viele Jahre Vorsitzender der IG Druck und Papier und später der IG Medien in NRW.

Im Abschluss-Podium zum Thema **Das gekaufte Bewusstsein – Interessenvertretung im kommenden Jahrzehnt** werden die Ergebnisse der drei Workshops diskutiert. Die Moderation liegt bei **Karl-Wolfgang Seithümmel**, Leiter der ver.di-Bildungsstätte in Lage-Hörste.

Am Samstagnachmittag sind alle Teilnehmer/innen zum Hörster Kultursommer eingeladen. Bei Live-Musik im Freien soll zu politischen Diskussionen, kulturellen Aktivitäten und kulinarischem Genuss angeregt werden. Der Abend wird abgerundet durch ein ausgesuchtes kabarettistisches Programm.

Verbindliche Anmeldungen an das Institut für Bildung, Medien und Kunst, Teutoburger-Wald-Straße 105, 32791 Lage-Hörste, Telefon 05232 – 983 436 oder per e-mail an <mailto:bst.imk@verdi.de>
Die Seminargebühr beträgt 35 Euro. Unterkunft und Verpflegung von Mittagessen Freitag bis Mittagessen Samstag 50 Euro (Einzelzimmer) oder 40 Euro pro Teilnehmer/in (Doppelzimmer).

Infos, auch zur An- und Abreise, unter <http://www.imk.verdi.de>

Das Programm im Detail:

Freitag, 24.08.07
bis 12 Uhr Anreise,
Mittagessen

13:15 – 13:45 Eröffnung,
Einführung: Willi Vogt, Leiter des
Fachbereichs 8 in ver.di NRW

13:45 – 14:00 Kaffee

14:00 – 16:00 Workshop I
Tarifrunden ohne Strategie?

Referent: Detlef Hensche
Moderation: Rolf Walther

16:00 – 16:30 Kaffee

16:30 – 18:30 Workshop II
ver.di ohne Strategie?

Referent: Frank Werneke
Moderation: Martina Schu

18:30 Abendessen mit anschließendem Erfahrungsaustausch

Samstag, 25.08.07
08:00 – 09:00 Frühstück

09:30 – 11:30 Workshop III
Die organisierte Belegschaft – historisch überholt?

Referent: Franz Kersjes
Moderation: N.N.

11:30 – 12:00 Kaffee

12:00 **Abschluss-Podium**

13:00 Mittagessen

14:00 **Hörster Kultursommer**

20:00 **Kabarett-Abend**



Blick zurück:**> Mann der Arbeit, aufgewacht! <**

Es war Liebe auf den ersten Blick: Wenige Tage, nachdem Emma Siegmund und Georg Herwegh einander erstmals begegnet waren, gaben sie ihre Verlobung bekannt - sie, die hoch gebildete Tochter eines reichen Berliner Kaufmanns, und er, der Stuttgarter Gastwirtssohn und revolutionäre Dichter. Sie waren gleichaltrig. Vor 190 Jahren wurden sie geboren, sie am 10., er am 31. Mai 1817.

Emma Siegmund hatte an den gesellschaftlichen Verhältnissen ihrer Zeit deutliches Unbehagen empfunden. Durch Herweghs Dichtkunst, die sie kannte, ehe sie deren Autor kennen lernte, verstand sie die politischen Zusammenhänge in der Zeit des Vormärz. Als sie ihr Leben mit seinem verband, war ihr klar, dass ihr Einschränkungen, sogar Not, bevorstehen könnten. Zwar war es Georg Herwegh zum damaligen Zeitpunkt möglich, von seinen Publikationen zu leben; aber finanzielle Sicherheit auf Dauer gab es nicht. Doch das und den Verzicht auf ein bürgerliches Familienleben nahm Emma im Interesse des gemeinsamen höheren Ziels in Kauf: „Wir wollen zeigen, was zwei Leute können, die zu derselben Fahne schwören. Es ist keines Menschen Kraft zu gering, um das gewaltige Rad in Bewegung zu setzen. Die Begeisterung weckt Riesenkräfte auch in Frauen.“

Georg Herwegh hatte das Emigrantenleben schon kennen lernen müssen, ehe er Emma begegnete. Als in Preußen eine seiner – nach damaligen Maßstäben - revolutionären Schriften verboten und ihr Autor ausgewiesen wurde, flohen Georg und Emma nach Stettin, Leipzig, Frankfurt am Main, schließlich nach Zürich. Nirgendwo wurden sie geduldet; erst der Kanton Basel nahm sie auf und – so waren die Verhältnisse damals – gestattete ihnen 1843 die Heirat. Danach übersiedelten sie nach Paris. Dort lebten Gleichgesinnte, darunter Karl Marx, Heinrich Heine, George Sand und Franz Liszt, der etliche von Herweghs Liedern vertonte.

Beide Herweghs standen in Paris auf den Barrikaden, als dort im Februar 1848 die Revolution losbrach. Und als der Funke kurz darauf auch in Deutschland zündete, wurde Georg Herwegh von den deutschen Exilanten zum politischen Leiter einer Freischar von Flüchtlingen gewählt, die als bewaffnete ‚Deutsche Legion‘ den badischen Aufständischen zu Hilfe eilten. Emma, in Männerkleidern und ebenfalls bewaffnet, leistete unerschrocken und umsichtig wertvolle Kundschafterdienste. Doch die republikanischen Aufständischen wurden geschlagen, ebenso Herweghs ‚Deutsche Legion‘. Mit knapper Not entkamen Emma und Georg ins Ausland. Sie waren gescheitert, und es begann ein entbehrungsreiches Exilleben. In Deutschland folgte der Revolution die Reaktion und mit ihr eine vorher noch nicht da gewesene Diffamierungskampagne gegen Georg Herwegh. Emma begegnete ihr mit der Schrift „Zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Legion aus Paris“. Statt eines Autorennamens ließ sie „Von einer Veräterin“ unter den Titel setzen. Nach und nach konnte Georg Herwegh seine Kritik am Sieg der Reaktion in liberalen, später auch in sozialdemokratischen und satirischen Blättern publizieren, darunter im ‚Kladderadatsch‘. Aufgrund einer Amnestie kehrten die Herweghs 1851 nach Deutschland zurück. Doch er blieb ein Kämpfer für demo-

kratische Freiheiten und für Gerechtigkeit. 1871 stand er auf der Seite der Pariser Commune. Im gleichen Jahr wurde nach dem Krieg gegen Frankreich das deutsche Kaiserreich gegründet. Dazu Georg Herwegh: „*Du bist im ruhmgekrönten Morden das erste Land der Welt geworden, Germania, mir graut vor dir.*“ Seine bekanntesten Zeilen aber schrieb Herwegh auf Veranlassung von Ferdinand Lassalle, dessen Allgemeinem Deutschen Arbeiterverein (ADAV) er angehörte. Herwegh war Sozialist geworden und der Überzeugung: „*Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie.*“ In diesem Sinn schrieb er das *Bundeslied* des ADAV. Daraus ein Auszug:

*„Bet’ und arbeit!“ ruft die Welt.
Bete kurz, denn Zeit ist Geld!
An die Türe pocht die Not,
bete kurz, denn Zeit ist Brot!*

*Und du ackerst und du säst,
und du nietest und du nähst,
und du hämmerst und du spinnst,
sag, o Volk, was du gewinnst?*

*Wirkst am Webstuhl Tag und Nacht,
schürfst im Erz- und Kohlenschacht,
füllst des Überflusses Horn,
füllst es hoch mit Wein und Korn.*

*Doch wo ist dein Mahl bereit,
doch wo ist dein Feierkleid,
doch wo ist dein warmer Herd,
doch wo ist dein scharfes Schwert?*

*Mann der Arbeit, aufgewacht,
und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
wenn dein starker Arm es will!*

Georg Herwegh starb am 7. April 1875 nahe Baden-Baden. Im deutschen Kaiserreich aber wollte er nicht einmal begraben sein, sondern „in freier republikanischer Erde“ - in der Schweiz. Emma Herwegh überlebte ihren Mann um fast 30 Jahre. Sie starb am 24. März 1904 in Paris.

Antje Dertinger

Zocken mit Steuergeld

Viele deutsche Städte und Gemeinden sind hoch verschuldet und suchen nach Möglichkeiten, an Geld zu kommen. Seit einigen Jahren setzen Kommunen immer häufiger auf Finanzgeschäfte mit so genannten Zins-Derivaten. Das sind Wetten auf Zinsentwicklungen. Man kann viel gewinnen, aber auch viel verlieren. Die Vertragspartner sind die Banken. Für die Beratung im Zinsgeschäft kassieren sie eine Menge Geld.

Die Kommunen wetten mit Geldern der Steuerzahler, kennen sich aber mit den Risiko-Geschäften auf den internationalen Finanzmärkten kaum aus, meint der Finanzexperte Rainer Elschen von der Universität Duisburg-Essen. In einem Fernsehinterview sagte er: „Zins-Derivate sind in der Tat wie Wetten und sind in der Tat wie Roulettespiel. Man

kann gewinnen, ja. Man kann aber auch sehr viel verlieren. Es hängt vieles davon ab, wie gut man die Entwicklung des Spiels verfolgt.“

Fast jede dritte Kommune in Deutschland hat sich auf solche Wetten eingelassen. Aber statt Wettgewinnen drohen oft Millionenverluste. Zum Beispiel muss die mit 700 Millionen Euro verschuldete Stadt Hagen nach derzeitigem Stand befürchten, dass bis zum Ende der Laufzeit der Zinsgeschäfte im Jahr 2010 ein Verlust von 50 Millionen Euro entsteht. Nun wird in Hagen ermittelt. Dazu Reinhard Rolfes von der Staatsanwaltschaft: „Die Staatsanwaltschaft Hagen führt ein Ermittlungsverfahren gegen die Verantwortlichen der Stadt Hagen unter dem Aspekt der Untreue. Gegenstand des Verfahrens ist der Vorwurf, dass die Verant-

wortlichen so genannte Risikogeschäfte mit der Deutschen Bank abgeschlossen haben sollen, die sich dann, zu Lasten des Steuerzahlers, letzten Endes auswirken.“

Viele Zinswetten in Städten und Gemeinden laufen noch. Zahlreiche Banken sind in diesen Zinsgeschäften mit den Kommunen aktiv. Ausdrücklich verboten ist das nicht. Den Städten drohen jedoch Verluste in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro. Für Rainer Elschen kommt das nicht überraschend: „Das Geld ist nicht weg, das hat nur ein anderer! Und dieses Geld haben dann die großen Player auf dem Markt – und das sind die Banken, das sind aber auch große Konzerne. Das sind Investoren aus aller Welt, die hier den Verlust der Gemeinden in ihren Gewinn verwandeln.“ - In Italien sind zum Beispiel solche Derivat-Geschäfte längst verboten. -es.

Mehr Geld fürs Militär

900 Milliarden Euro wurden 2006 weltweit für militärische Zwecke ausgegeben. Die USA liegen mit 396,2 Milliarden Euro an der Spitze, ermittelte das Friedensforschungsinstitut Sipri.

Die Rüstungsausgaben stiegen gegenüber dem Vorjahr um 3,5 Prozent. In den vergangenen zehn Jahren sind sie damit weltweit um 37 Prozent gestiegen. Mit 3,9 Milliarden Euro ist Deutschland der drittgrößte Waffenexporteur in der Welt.

„Die USA und die EU sind weiterhin dabei, große Mengen von Waffen in den Nahen Osten zu liefern, trotz des Wissens, dass es sich dabei um eine höchst unberechenbare Gegend handelt“, sagte Sipri-Projektmanager Siemon Wezeman.

Kürzungen bei der Unfallversicherung

Nach Rente, Gesundheit und Pflege will die Bundesregierung nun auch die vierte Säule der Sozialversicherung – die gesetzliche Unfallversicherung – ändern. Schon am 8. August diesen Jahres will das Bundeskabinett einen so genannten Reformentwurf verabschieden. Vorgesehen sind eine „Organisationsreform“, die nach den bisherigen Plänen bereits 2008 in Kraft treten soll, und neue Regelungen zum Leistungsrecht, die ab 2009 wirksam werden sollen.

Mit dem „Umbau“ der gesetzlichen Unfallversicherung will der Gesetzgeber die finanzielle Belastung der Unternehmen senken. Für die Arbeitnehmer sind drastische Kürzungen geplant. Künftig soll erst bei einer Erwerbsminderung um 10 Prozent ein Anspruch auf eine einkommensbezogene

Rente bestehen. Pauschalleistungen sollen erst ab einer Minderung der Erwerbsfähigkeit in Höhe von 30 Prozent (statt bislang 20 Prozent) gewährt werden. Das bedeutet, dass künftig Arbeitnehmer mit einem Einkommensverlust unter 10 Prozent bei Rentenzahlungen nicht mehr berücksichtigt werden. Gleiches gilt für Rentenbezieher, deren Erwerbsminderung unter 30 Prozent liegt, also etwa für die Hälfte der bisherigen Bezieher.

Die Bundesregierung folgt weitgehend den Forderungen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), die bereits vor Jahren das Wegfallen von Entschädigungszahlungen bei Arbeitsweegeunfällen, die generelle Kürzung der Renten und ihre Streichung bei Erreichung des Rentenalters propagierte. Damit wird die Privatisierung vorbereitet.

Wenig Rente für die Deutschen

Im Vergleich mit anderen Industrieländern und gemessen am Arbeitseinkommen liegt das Niveau der gesetzlichen Renten in Deutschland sehr niedrig. Nach einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) befindet sich die Bundesrepublik mit einer Rente von 39,9 Prozent des Bruttoarbeitseinkommens nach 45 Beitragsjahren am unteren Ende einer dreißig Länder umfassenden Tabelle.

Die OECD berechnete das Rentenniveau nach dem Bruttoeinkommen für vier Einkommensklassen: für Arbeitnehmer mit 50 und 100 Prozent, für 150 und 200 Prozent des durchschnittlichen Arbeitseinkommens. In der untersten Gruppe erhalten die Ruheständler im OECD-Durchschnitt 73 Prozent der Bruttobezüge. Für Geringverdiener in Deutschland, die 50 Prozent des durchschnittlichen Bruttoverdienstes von rund 42.000 Euro beziehen, fällt die Rente, gemessen am Einkommen, niedriger als in allen anderen Staaten aus. Beispielsweise erhalten Geringverdiener in fast allen anderen OECD-Ländern einen sehr hohen Anteil ihres Einkommens als Rente. Dieser Anteil geht erst mit steigendem Arbeitseinkommen allmählich zurück, in Dänemark etwa von 119 Prozent in der niedrigsten auf 57 Prozent in der höchsten Einkommensklasse.

„Deutschland sollte der Rentenentwicklung für Geringverdiener besondere Aufmerksamkeit schenken und einen Anstieg der Altersarmut vorbeugen“, schreibt die OECD. „Der Nachhaltigkeitsfaktor, mit dem die Rentenentwicklung an die Beitragshöhe gekoppelt ist, und der Übergang zur nachgelagerten Besteuerung der Renten dürften das Niveau der gesetzlichen Rente in Zukunft noch weiter senken.“

Die wachsende Altersarmut in Deutschland ist vor allem das Ergebnis der so genannten Reformpolitik der SPD. Seit 2001 sinkt der durchschnittliche Zahlbetrag der Neurenten. Hauptgründe sind: Ausweitung des Niedriglohnsektors, höhere Abgaben, die Kürzung der Erwerbsminderungsrenten, geringere Rentenbeiträge für Arbeitslose und künftig die Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

* * * *

Buchtipps

Ingo Hamm, Rudi Rupp

Mitbestimmung bei Veräußerungen und Restrukturierung

Handlungsmöglichkeiten für Betriebsräte bei Betriebsänderungen

Bund-Verlag, 330 Seiten, 29,90 €

Der Strukturwandel in der Wirtschaft in Deutschland hat schwer wiegende Folgen. Die Beschäftigten sind meist die Leid tragenden der Auswirkungen von Globalisierung, Liberalisierung und Privatisierung. Sie erleben Umstrukturierung, Umwandlung, Out-

sourcing oder Betriebsübergang und bezahlen dafür häufig mit dem Verlust des Arbeitsplatzes.

Umstrukturierungen jeglicher Art verlangen von Betriebsräten umfangreiche wirtschaftliche und rechtliche Kenntnisse, Verhandlungsgeschick, gute Öffentlichkeitsarbeit und taktisches Gespür. Ohne dieses Rüstzeug drohen schwerwiegende Fehler. Das Handbuch liefert umfassende Informationen und unterstützt Interessenvertreter der Beschäftigten vor, während und nach Umstrukturierungsprozessen mit vielen Handlungsempfehlungen.

Welt der Arbeit

Internet-Publikationen

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:

Franz Kersjes
Abendrothstr. 5, 50769 Köln
Telefon: 0171 – 5 26 65 35
Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die *Welt der Arbeit* erscheint nach Bedarf kostenlos online und auf der Website www.weltderarbeit.de

Nachdruck gegen Übermittlung von Belegen erwünscht. Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.

Empfehlungen:

<http://www.nachdenkseiten.de>

<http://www.labournet.de>

<http://www.einblick.dgb.de>

<http://www.verdi.de>

<http://www.igmetall.de>

<http://www.wissentransfer.info>

<http://www.erwerbslose.de>

<http://www.attac.de>

Neue Rheinische Zeitung

<http://www.nrhz.de>

**Institut für Bildung,
Medien und Kunst
im Heinrich-Hansen-Haus**
Teutoburger-Wald-Straße 105
32791 Lage-Hörste
Telefon: 0 52 32 / 9830
Mail: bst.imk@verdi.de

Infos: <http://www.imk.verdi.de>